

# Wirtschaft und Finanzen der Deutschen Brüder-Unität 1945-1949

von Hans-Michael Wenzel

## 1.0 Haushalt der Deutschen Brüder-Unität (DBU)

In diesem Aufsatz soll die wirtschaftliche Situation der Deutschen Brüder-Unität in dem Zeitraum vom Ende des Zweiten Weltkrieges (8. Mai 1945) bis zu den Staatsgründungen 1949 (Bundesrepublik Deutschland und Deutsche Demokratische Republik) analysiert werden.

Die Betrachtungen beschränken sich zunächst auf die Brüder-Unität in Deutschland als Ganzes und weniger auf die konkreten Situationen in den selbstständigen Ortsgemeinden. In die Betrachtungen wurde auch nicht der sogenannte Randverband (Schweiz, Skandinavien) einbezogen.

Die Haushaltsführung der Finanzen untergliederte sich bereits seit 1919 in *die kirchliche Rechnung*, die von der Deutschen Unitätsdirektion (DUD) verantwortet wurde, und *die wirtschaftliche Rechnung*, für welche die Finanzdirektion (FD) zuständig war. Nachfolgend werden die wesentlichen Bestandteile der kirchlichen Rechnung dargestellt.

### Einnahmen der kirchlichen Rechnung                      Ausgaben der kirchlichen Rechnung

<i>Unitätsbeiträge der Einzelgemeinden</i>	.	<i>Unitätsverwaltungskosten</i>
<i>Einnahmen aus Häusern (Mieten)</i>		<i>Gehälter der Prediger u. Diasporaarbeiter</i>
<i>Beiträge der Firma Dürninger</i>		<i>Pensionen aller Mitarbeiter</i>
<i>Beiträge des Vereins der Freunde der BG</i>		<i>Zuschüsse für kirchl. Unternehmungen</i>
<i>Rubegebhaltsbeiträge der Anstalten</i>		<i>Zuschüsse für Schulen, Erziehungswerk</i>

Die wirtschaftliche Rechnung umfasst den gesamten Bereich der Vermögensverwaltung und der gewerblichen Betätigungen.

## 1.1 Ausgangsbasis Ende 1944

Um die Entwicklung in den Jahren 1945-1949 nachzuvollziehen, ist es hilfreich, sich die Ausgangssituation des Jahres 1944 zu vergegenwärtigen. Der Finanzhaushalt der Unität in seinem Status der Bilanz per 31.12.1944 stellt sich wie folgt dar :

**Status 31. 12. 1944<sup>1</sup>**

<b>Aktiva (in Tausend RM)</b>		<b>Passiva (in Tausend RM)</b>	
Güter/ Forst	940	Fremde Gläubiger	1.712
Geschäfte	4.312	Verwandte Gläubiger	981
Abgeschriebene Besizung	57	Verbindlichkeit an Betriebe	30
Häuser / Grundstücke	1.424	Fonds u. Reserve	1.784
Außenstände	275	Rückstände/Wertber.	523
Beteilig. Zinzendorfschulen	47	Kapitalkonto	2.594
Aufzul. Debitoren	108		
Kasse	30		
<b>Gesamt</b>	<b>7.775</b>	<b>Gesamt</b>	<b>7.775</b>

Im Bezug auf die Einzelgemeinden wird in vielen Sitzungsprotokollen des Jahres 1944 festgestellt, dass die Jahresrechnungen mit Mehreinnahmen abschließen. Bei einzelnen Gemeinden werden die Überschüsse konkret beziffert.<sup>2</sup>

<b>Gemeinden</b>	<b>1943</b>
Dauba	Ausgeglichen/angespannt
Neudietendorf	Mehreinnahme 6.235 RM
Neukölln	Mehreinnahme 2.434 RM
Gnadenfrei	Mehreinnahme 7.669 RM
Neuwied	Mehreinnahme + Rückstellung

Auch die Gemeinden Rossbach, Zwickau, Niesky, Hamburg, Breslau, Gnadenfeld, Kleinwelka, Berlin, Gnadau, Herrnhut, Neusalz, Königsfeld und Ebersdorf schließen mit Mehreinnahmen ab, ohne dass in den Protokollen Zahlen genannt werden.

Eine Protokollnotiz der Direktion besagt, dass die wirtschaftliche Lage Ende 1944 dankenswert günstig ist. Eine erhebliche Summe von Schulden konnte bis 1943 getilgt werden. In jenen Jahren konnte durch die ziffernmäßig günstige Entwicklung die Unität erhebliche Schuldenlasten aus den Kriegsjahren abdecken.

Das Ergebnis dieser Maßnahme tritt am deutlichsten darin zu Tage, dass die Schuldzinsen der Hauptkasse 1927 pro Jahr 890.000 RM betrug und im Jahr 1944 erstmalig unter den Jahresbetrag von 100.000 RM sanken. Allerdings befürchtete man größere Steuerzahlungen.

<sup>1</sup> Siegfried Kittler, Zusammengestellte Materialien zum Thema: Die Finanzdirektion der Deutschen/ Evangelischen Brüder-Unität (1998), S. 9.

<sup>2</sup> Sitzungsberichte der DUD 1944.

Die finanzielle Lage im gesamten DBU-Bereich verbesserte sich bis 1944 auf Grund der durch den Krieg verursachten Hochkonjunktur der Wirtschaft und der sich allgemein steigenden Einkommensverhältnisse. So wurde das schon lange angestrebte Ziel erreicht, dass die sogenannte kirchliche Rechnung sich selbst trug und die FD-Betriebe nur für die Ruhegehälter aufzukommen brauchten. Infolge der günstigen Entwicklung der Schulen konnten diese sowohl die auf sie fallenden Ruhegehälter als auch die Miete für die Schulgebäude an die Kirchenkasse abführen.

Im FD-Bereich verbesserten sich die Betriebe in baulicher, technischer und sozialer Hinsicht erheblich. Finanziell gab es stabile Verhältnisse, und es konnten sogar gewisse Reserven angesammelt werden.

Es bestanden bis 1945 folgende Wirtschaftsunternehmen der Brüder-Unität:

<i>Glogau</i>	<i>Stärkefabrik</i>
<i>Gnadau</i>	<i>Unitätsbuchhandlung</i>
<i>Gnadenberg</i>	<i>Gemeinladen</i>
<i>Gnadenfeld</i>	<i>Maschinenfabrik (Kurbelwellen)</i>
	<i>Dominium (Gutsbof-Landwirtschaftsbetrieb)</i>
<i>Gnadenfrei</i>	<i>Fa Zimmermann (Leinwand-Baumwollhandel und Näberei)</i>
<i>Herrnhut</i>	<i>Bank C.F. Görlitz</i>
	<i>Kohlen- und Speditionsgeschäft</i>
	<i>Gaswerke</i>
	<i>Gartenbau</i>
	<i>Forstverwaltung</i>
	<i>Sternengesellschaft (Beteiligung)</i>
<i>Königsfeld</i>	<i>C.W. Just</i>
	<i>Kolonialwaren</i>
<i>Neudietendorf</i>	<i>Gutsbof</i>
<i>Neusalz</i>	<i>Bank Meyerotto</i>
	<i>Gebrüder Garve (Leimfabrik)</i>
	<i>Meyerotto (Kolonialwaren u. Düngemittel)</i>
	<i>Kartonagenfabrik</i>
<i>Neuwied</i>	<i>Kellerei</i>
	<i>Malzkaffeeffabrik</i>
	<i>Ofenfabrik (Beteiligung)</i>
<i>Niesky</i>	<i>Bank der Brüder-Unität</i>
	<i>Höpner – Eisenwaren und Lackfabrik</i>
	<i>Riis &amp; Co. (Lebensmittel)</i>
<i>Sprottau</i>	<i>C.Wetters (Düngemittel- u. Futterwarengeschäft)</i>
	<i>Bankverein</i>
<i>Stuttgart</i>	<i>C.W. Just (Zigarren)</i>

## 1.2 Struktur- und Personalveränderungen ab 1945

Bis zum März 1945 hatte die Deutsche Unitätsdirektion ihren Verwaltungssitz in Herrnhut. Die politische Entwicklung durch die Kriegsfolgen unter den Besatzungsmächten zwangen die Direktion zu neuen Überlegungen. Bereits Anfang 1945 wird erwogen, die Direktion nach Ebersdorf oder Neudietendorf zu verlegen. Am 8. April sind die Brüder Sam Baudert (DUD) und Kurt Marx (FD) mit ihren Frauen nach Bad Boll aufgebrochen.

Doch bereits bei Nossen gab es auf Grund des völlig überladenen PKW mit Anhänger eine Havarie, in deren Folge der Anhänger mit vielen Akten bei der Leimfabrik der Gebr. Richter hinterlassen werden musste. Später wird berichtet, dass der Anhänger mit den gesamten Akten verlorengegangen ist und kein Fetzen Papier übrigblieb.

Die Verwaltungsarbeit in Herrnhut wird im Bereich DUD durch die Brüder Johannes Vogt und Walter Baudert, sowie im Bereich FD durch Bruder Karl Schmidt weitergeführt. Bruder Schmidt wurde aber erst am 3. Mai 1946 durch den Rechnungsausschuss (RA) in die FD-Ost gewählt. Er war jedoch vorher bereits im April 1945 durch Br. Kurt Marx als Vertreter für die FD mit einer ausdrücklichen Handlungsvollmacht bestellt worden.

Die Brüder Sam Baudert und Kurt Marx kamen allerdings nicht mehr nach Bad Boll, sondern erreichten am 10. 4. 1945 Ebersdorf. Nach vorübergehendem Aufenthalt in Ebersdorf trafen sie erst am 7. Juli 1945 in Bad Boll ein. Die Direktion war von nun an geteilt mit ihren Verwaltungsstellen in Herrnhut (Vogtshof) und Bad Boll (zunächst Kurhaus).

Die nachfolgende Tabelle zeigt die namentliche Zusammensetzung der Unitätsdirektion, der Finanzdirektion und des durch die Synode gewählten Rechnungsausschusses von 1944 bis zum Jahr 1949. Während es 1944 nur eine einheitliche Leitungsstruktur gab, musste ab 1945 für beide Verwaltungsstrukturen der Brüder-Unität in Ost und West auch jeweils die personelle Besetzung gefunden werden. Trotz gründlicher Recherchen ist es nicht ausgeschlossen, dass die Besetzung des Rechnungsausschusses noch Lücken aufweist.

<i>DUD-Mitglieder</i>	<i>Gesamt 1944</i>	<i>Ost Herrnhut</i>	<i>West Bad Boll</i>
Johannes Vogt	1944	1945-1949ff	
Sam Baudert	1944	1945-April	1945-1949
Walter Baudert	1944	1945-1949ff	
Heinz Renkewitz	1944		1945-1949ff
Waldemar Reichel	1944	1945-Mai	1947-1949ff
Erwin Förster	1944	1947-1949ff	

<i>FD-Mitglieder</i>	<i>Gesamt</i>	<i>Ost Herrnhut</i>	<i>West Bad Boll</i>
Kurt Marx	1944	1945-April	1945-1949ff
Herbert Verbeek	1944		1945f (beratend)
Karl Schmidt		1945-1949ff	
Harald Uellner		1947-1949ff	
Alexander Verbeek		1949ff	
Richard Wunder		1950ff	
<i>RA-Mitglieder</i>			
Georg Nischwitz, Niesky	1944	1945-1949	
Johannes Riehmann, Glogau	1944		1945-1946
Karl Bernhard, Gnadenberg	1944		
Rudolf Wurr, Herrnhut	1944		1945-1949
Hendrik Fortgens, Zeist	1944		1945-1949
Fritz Hampke, Oranienburg	1944		
Hugo Siebörger, Herrnhut	1944	1947-1949	
Conrad Erdmann, Herrnhut		1947-1949	
Walter Levin, Neudietendorf		1947-1949	
Alexander Verbeek		1947-1949	
Gustav Winter		1947-1949	
Herbert Kramer, Niesky		1947-1949	
Theod. Siebörger, Neugnadenfeld			1947-1949
Theodor Tietzen, Stuttgart			1947-1949
Walter, Wedemann, Königsfeld			1947-1949

### 1.3 Bestandsaufnahme zum Kriegsende nach dem 8. Mai 1945

Mit Kriegsende ergab sich ein völlig anderes Bild. Die allgemeine geschäftliche Lage bot nach dem Waffenstillstand im Mai 1945 ein erschreckendes Bild. Die finanzielle Grundlage der Brüderunität war durch den Verlust der schlesischen Betriebe, aber auch durch die vielfältigen Zerstörungen durch Kriegseinwirkung, Plünderung und Brandstiftung in den Gemeinden (z.B. Berlin, Hamburg, Herrnhut, Niesky) vollständig zusammengebrochen. Außerdem waren *21 Kirchsäle, 8 Schulen, 13 Chorbäuser und 75 weitere Gebäude* zerstört oder stark beschädigt

*Die Schadenssumme dieser zerstörten Gebäude belief sich allein nach Versicherungswerten auf 37.244.530 RM.<sup>3</sup> Allein die schweren Verluste an Grundbesitz und Gebäudeschäden der Unitätsverwaltung selbst betragen 11.341.863 RM.*

Noch war 1945 unklar, in welchem Umfang Verluste noch entstehen oder schon entstanden sind durch die Schließung der 3 unitätseigenen

<sup>3</sup> Distriktsynode/Ost der deutschen Brüder-Unität Tagung 1947 - Bericht der deutschen Unitäts-Direktion, Gesamtbericht, S. 2.

Bankgeschäfte Meyerotto & Co. in Neusalz, der Nieskyer Bank und der Bank C. F. Goerlitz in Herrnhut. Die Bankensperre und angekündigte Entwertungen von Anleihen ließen weitere große Verluste erahnen.

Bereits Anfang 1945 als die Front näher rückte und bereits die Räumung der schlesischen Gemeinden einsetzte, hatte man versucht einige gewerbliche Aktivitäten in andere Regionen Deutschlands zu verlagern. Dies gelang aber nur in wenigen Fällen unter großen Verlusten und mit äußerst bescheidenen Neuanfängen. z.B. bei der *Leimfabrik der Gebr. Garve*, die eine Verlegung von Neusalz nach Lichtenfels in Bayern vornahm. Oder *Meyerotto Kolonialwaren* verlagerte einen Großteil der Lebensmittelvorräte nach Niesky. Auch die bedeutende *Firma Th. Zimmermann in Gnadenfrei* wurde bereits im Februar 1945 geräumt. Ein geringer Teil der vorhandenen Gewebebestände konnte nach Lichtentanne in Sachsen verlagert werden. Wie aus späteren Berichten hervorgeht haben diese Verlagerungen in den meisten Fällen keinen bedeutenden Fortgang nehmen können.

Die Kriegsschäden der gesamten Brüderunität wurden durch den damaligen leitenden Bischof der Brüderkirche Bruder Shawe aus London dem interalliierten Kontrollrat und zwar beim Chef der *Religious Relation Affairs Branches* gemeldet.

Diese gemeldeten Verluste betragen<sup>4</sup>:

	Grundstücke	Umlaufver-	Gesamt in RM
<i>Deutschland</i>	Gebäude	mögen	
Russisches Gebiet	4.460.982,15	5.595.200,80	10.056.182,95
Amerikanisches Gebiet	633.000,00	126.000,00	795.000,00
Französisches Gebiet	396.500,00	29.000,00	425.500,00
<i>Summe</i>	5.490.482,15	5.750.200,80	11.240.682,95
<i>Polen</i>			
Schlesisches Gebiet	24.018.455,00	6.097.241,80	30.115.696,80
<i>Gesamt</i>	29.508.937,15	11.847.442,60	41.356.379,75

Diese Zahlenangaben sind letzten Endes immer wieder korrigierte Werte, zumal die Erfassung aller materiellen Verluste sich äußerst schwierig gestaltete und teilweise auch keine genauen Zeitwerte vorlagen. Dennoch ist an der Größe der Summe von über 40 Mill. RM zu erkennen, welche Dimensionen die Verluste für die Brüderunität darstellten.

Offizielle Verlautbarungen zur wirtschaftlichen und finanziellen Situation der Brüderunität in Deutschland gab es im Jahre 1945 nicht. Viel zu sehr war man mit strukturellen Fragen und der Bewältigung der Tagesaufgaben beschäftigt. Erst im Jahr 1946 und auf den Synoden 1947 wurde im Nachgang zu den Auswirkungen nach Kriegsende 1945 Stellung bezogen.

<sup>4</sup> Wilfried Merian, Denkschrift Güter 1949, S.12.

So stellten die Synodaltagungen in Ost und West 1947 übereinstimmend fest: *"Aus der scheinbar gesicherten wirtschaftlichen Lage, in der sich unsere Unität in den letzten Kriegsjahren mit der wirtschaftlichen Hochkonjunktur befand, sind wir in gänzliche Armut versetzt worden; aus einem gewissen Wohlstand in Armut."*<sup>5</sup>

Allerdings hatte die DUD und FD dafür Sorge getragen, dass sowohl im Osten wie im Westen erhebliche Barbestände bereitstanden. Dadurch war es auch möglich, allen von DBU abhängigen Gemeindienersinnen und Gemeindienern wenigstens das Allernotwendigste zum Lebensunterhalt darzureichen und sie vor äußerer Not zu schützen, bis eine weitere Regelung getroffen werden konnte.

## 1.4 Entwicklung und Konsolidierung bis 1949 in Ost und West

Im Folgenden soll die unterschiedliche wirtschaftliche Entwicklung der Distrikte Herrnhut und Bad Boll aufgezeigt werden. Auf Grund der Aufteilung in die Besatzungszonen, den Flüchtlingsproblemen aber auch wegen der Konzentration der Wirtschaftsbetriebe der Unität im Osten ergaben sich für beide Verwaltungen oft sehr unterschiedliche Aufgaben.

### 1.4.1 Distrikt Herrnhut

Bereits im Januar 1946 wurde eine neue Regelung der Gehälter und Ruhegehälter getroffen. Für eine Dauer von vorläufig 3 Monaten wurde beschlossen, dass die Gehälter der im Vollamt stehenden Gemeindieners/innen nach der alten Gehaltsordnung berechnet werden sollen, jedoch um 40% zu kürzen sind. Dienstwohnungen, Wohnungsgelder und Schulgelder blieben bei der Berechnung außer Betracht. Sozialbeiträge und Krankenversicherungen gehen zu Lasten von DBU. Die Lohnsteuer dagegen wird von den Gehaltsempfängern selber getragen. Die Ruhegehälter werden grundsätzlich wieder hergestellt, so dass die Ruhegehälter, die einschließlich der Rente aus der Angestelltenversicherung 70,- Mark bzw. 130,- Mark betragen, nicht gekürzt werden. Ist das Ruhegehalt höher, wird die Summe die über den Beträgen von 70,- bzw. 130,- Mark liegt, um 50% gekürzt. Nebenverdienste werden nicht in Abzug gebracht. Diese Regelung trat zum 1.1.1946 in Kraft.

Allerdings waren auch viele individuelle Regelungen notwendig, da einerseits die Anstellungsverhältnisse ruhen oder nur teilweise wahrgenommen wurden. Andererseits aber die Einzelschicksale auch finanziell abgesichert werden sollten. So gab es z.B. Übergangsgelder für Geschwister, die wegen Beschäftigungsmangel im Wartestand waren oder Ruhegehälter für Witwen, Kindergeld für Schwestern, deren Männer weiterhin abwesend oder vermisst waren.

Die Unsicherheit über den Fortbestand der Banken hatte bereits mit der staatlichen Verfügung vom 18.8.45 über die Schließung sämtlicher

---

5 Mitteilung der Distriktsynode/Ost der Deutschen Brüder-Unität, Tagung 1947, 4212/6.

Banken zwecks Liquidierung eine negative Klärung erfahren. Die verantwortlichen Brüder der Finanzdirektion stellten aber fest, dass die Banken im Ganzen gesehen zu den Geschäftserträgen der Brüderunität sowieso am wenigsten beigesteuert haben, weil aus Gründen der Kreditierung der größte Teil der Bankgewinne immer wieder den Stammkapitalien zugeführt werden musste. Deshalb war man sich auch bald einig darüber, dass die Wiederaufnahme eines Bankunternehmens für unsere Kirche nicht ratsam erscheint.

Alle verbliebenen Wirtschaftsbetriebe arbeiten unter denkbar schwierigsten Umständen und Bedrohungen. Dazu ergibt sich Ende 1945 folgendes Bild:

Beim *Koblengeschäft des Brüderhauses Herrnhut* gingen alle motorisierten Fahrzeuge und fast alle Anhänger verloren. Übrig blieb ein einzelner Sattelschlepper. Allerdings wurden bereits im Oktober 1945 wieder 25 Arbeiter beschäftigt, die mit 10 Pferden verschiedene Transport- und Aufräumungsarbeiten durchführten.

Die Ernten im *Gartenbau der Brüderunität in Herrnhut* waren befriedigend, doch ist ein Ertrag nicht zu erwarten, weil in den Fluchtwochen naturgemäß große Ausfälle dem Betrieb entstanden sind und auch die Entnahmen durch die Truppen in vielen Fällen ohne Bezahlung erfolgte.

*Die Stern GmbH in Herrnhut* hat stark gelitten und ausstehende Forderungen können nicht mehr eingetrieben werden. Es werden in kleinem Rahmen wieder Lampenschirme hergestellt.

Das *Gaswerk in Herrnhut* sollte mehrmals in den Kriegswirren gesprengt werden. Der Leiter des Gaswerkes Bruder Kühn konnte jedoch diese Sprengungen mit Erfolg abwehren. Leider fehlt aber Steinkohle, um die Gasproduktion wieder in Gang zu setzen.

Auch die 3 Nieskyer Betriebe können nur unter ganz schwierigen Bedingungen ihre Arbeit fortsetzen. So wird z.B. in der *Lackfabrik Höpner & Co.* in größerem Umfang Fensterkitt hergestellt und somit wenigstens eine bescheidene Produktion ermöglicht.

Im Februar 1946 gibt es ernste Überlegungen über die Gründung eines Verlages. Die bereits vorher beantragten Genehmigungen zur Führung eines Verlages der Unitätsbuchhandlung durch die Finanzdirektion bzw. für die Missionsbuchhandlung durch die Herrnhuter Missionshilfe (HMH) wurden ausgesetzt und dafür der Entschluss gefasst, einen gemeinsamen Verlag zu gründen. Zur Mithilfe wurde Probst Grüber aus Berlin gebeten.

Ebenfalls im Februar 1946 fanden Verhandlungen von Bruder Wilfried Merian beim Interalliierten Kontrollrat im amerikanischen Sektor von Berlin statt. Inhalt war die Angelegenheit der Kriegsschäden und die Ausstellung eines 4 Zonenpasses, um Reiseerleichterungen zu erlangen.

Auf Grund der Reiseschwierigkeiten zwischen den einzelnen Besatzungszonen gestaltete sich die Kommunikation zwischen den verantwortlichen Brüdern in Ost und West immer schwieriger. Br. Wilfried Merian konnte als Schweizer Staatsbürger in dieser Zeit wertvolle Kurierdienste leisten.



Zwischen den verantwortlichen Brüdern der Finanzdirektion in Herrnhut (Br. Karl Schmidt) und Bad Boll (Bruder Kurt Marx) gab es bereits ab Juni 1945 regelmäßigen Austausch von sogenannten Wochenberichten. In diesen Berichten haben die Brüder versucht, alle bestehenden Probleme gegenseitig zu benennen und ihre Meinungen auszutauschen. Allerdings ging eine große Anzahl dieser schriftlichen Berichte auf dem Weg zwischen den Besatzungszonen verloren. Erst ab 1946 wurden diese Kommunikationsmöglichkeiten sicherer und konnten regelmäßig vorgenommen werden.

Im Jahr 1947 fand dann erstmals nach Kriegsende wieder eine Synode statt. Allerdings war es nun nicht mehr möglich, eine gemeinsame Synode in Deutschland abzuhalten. Somit kam es zu zwei Distriktsynoden in Herrnhut und Bad Boll.

Selbstverständlich wurde auf diesen Synoden auch über die wirtschaftliche Situation und die finanzielle Lage der Brüderunität berichtet und beraten. Für den FD-Bereich Ost berichtete Bruder Karl Schmidt vor der Synode in Herrnhut. Er weist auf die ungeheuren Verluste hin, stellt aber andererseits fest, dass es trotz der Verluste und Schwierigkeiten möglich war, ein Anwachsen der Verschuldung zu vermeiden und alle Gehalts- und Ruhegehaltsempfänger der Unität mit dem Nötigsten zu versehen.

Auch ein zum Wiederaufbau benötigter Geldzuschuss konnte, wenn auch in bescheidenem Maße, trotz Bankensperre an unsere Betriebe und aushilfsweise an andere DBU Dienststellen gewährt werden.

Auch in sozialer Hinsicht wurde das Möglichste getan, wie z.B. die Weiterzahlung freiwilliger Unterstützungen an Soldatenfrauen, die Einlösung der Kurzarbeiterlohnforderungen beim Staat bei Übernahme der Güter sowie die Aufnahme von über 600 Flüchtlingen und Familienangehörigen in unseren Betrieben.

Die Bereinigung des Status der Brüderunität ist in Zusammenarbeit mit den Brüdern des Rechnungsausschusses durchgeführt worden. Es wurde eine Aufteilung in einen Ost- und Weststatus vorgenommen und eine Neubewertung aller Posten unter Berücksichtigung der eingetretenen Wertminderungen durchgeführt.

Vor der Synode-Ost berichtete auch der Rechnungsausschuss und bekräftigte ebenfalls, dass eine klare Trennung der Hauhauführung zwischen Ost und West durchgeführt wurde. Die beiden Geschäftsbereiche sind in ihren Funktionen gleich und nebengeordnet. Diese Feststellung war besonders wichtig, weil zu diesem Zeitpunkt ja noch immer die Hoffnung bestand, dass eine Teilung Deutschlands vermieden werden kann und damit auch die Teilung der DBU entfällt.

Der Rechnungsausschuss konnte keinen umfassenden Bericht über die Zeit vor dem Zusammenbruch geben. Die Unterlagen mit Bilanzen und Voranschlägen waren nicht mehr vorhanden. Mit den entstandenen Verlusten hat man sich abfinden müssen. Alle gegebenen Möglichkeiten zur Rückgewinnung greifbarer Werte sind ausgeschöpft worden. Aus den ver-

bliebenen Resten der Geschäfte und anderer Unternehmungen wurde eine Grundlage neuen Schaffens.

Über den Fortgang der im östlichen Sektor verbliebenen Geschäfte bis ins Jahr 1949 ist Folgendes zu berichten:

In Herrnhut haben das *Kohlen- und Speditionsgeschäft* wie das *Gaswerk* im Rahmen der jetzt vorhandenen Möglichkeiten gearbeitet. Beide Firmen leiden vor allem unter Kohlen- und Materialmangel. Der Spedition fehlen die Umzüge.

Beim *Gartenbau* galt zunächst, die Abertausende von zerbrochenen Glasscheiben zu ersetzen. Schon 1946 arbeitete der Betrieb auf vollen Touren, um dem riesigen Bedarf, vor allem an Gemüsepflanzen jeder Art, wenigstens teilweise gerecht zu werden. Die neu eingesetzte Topfmaschine bewährte sich bestens. Auf einigen Feldern der Zinzendorfsgüter konnte der Gartenbau auf eigene Rechnung erhebliche Mengen von Gemüse ziehen. Die Ernten an Beerenobst waren befriedigend.

Während der *Sternengesellschaft* die Umstellung wieder ausschließlich auf Friedensproduktion gelang und eine gute Auslastung erfolgte, brachten die Enteignungsgesetze sehr viele Schwierigkeiten. Die Gesellschaft gehört zu je 1/3 Anteil der DBU, der Dürninger Stiftung und Bruder Harry Verbeek. Letzterer fiel unter die Enteignung, und es bestand die Gefahr völliger Enteignung. Von Staatswegen wurde ein Treuhänder eingesetzt. Bis 1949 wurden jedoch die Anteile der DBU und Dürninger nicht berührt.

In Niesky gelang es der Firma *Ris & Co.* verhältnismäßig rasch sich aus dem Nichts wieder zur bedeutendsten Lebensmittel-Großhandlung der Stadt Niesky, ja des ganzen Kreises Weißwasser und der angrenzenden Gebiete zu entwickeln. Das Detailgeschäft betrieb sie in einem Ladenraum der Firma Höpner & Co. Eisenwaren. Zwei eigene LKW standen zur Verfügung, um die Versorgung der Geschäfte des Kreises Weißwasser abzusichern.

*Höpner & Co. Eisenwaren* sind aus dem Kriegsgeschehen fast unverehrt hervorgegangen. Dagegen wurde das Geschäft stark ausgeraubt. Mit dem restlichen Bestand konnte das Geschäft wieder angekurbelt werden. Es konnte ein befriedigender Umsatz erzielt werden.

*Höpner & Co. Kohlen- und Speditionsgeschäft* stand anfänglich in der Kohleversorgung günstig da, zum Vorteil von Niesky und Umgebung. Durch die Beschaffung von Güterwagen mit eigener Lokomotive überwand die Firma ihre Transportschwierigkeiten und konnte von den nahen Kohlengruben große Mengen Kohle heranschaffen. Allerdings wurde Ende 1946 die Kohle limitiert, und es wurde wesentlich schlechter mit der Versorgung.

*Höpner & Co. Lackfabrik* konnte rasch mit der Fabrikation von Lacken wieder beginnen, weil die Plünderungen erträglich blieben. Die Firma ist mit ihrer Fabrikation in hohem Maße zu Reparationslieferungen herangezogen worden.

Die *Unitätsbuchhandlung Gnadau* übernahm den Losungsvertrieb für den östlichen Bereich. Die mit der Auflage verbundenen Schwierigkeiten bei Erlangung der Erlaubnis seitens der sowjetischen Behörden, die Beschaffung des erforderlichen Papiers usw. wurden gemeinsam mit der Verwaltung in Herrnhut zu überwinden gesucht. Es gelang aber, die Losungen in erheblicher Zahl herauszubringen: 1946 ca. 145.000 und 1947 ca. 320.000 Stück. Auch 1948 und 1949 gab es ähnliche Auflagen (vgl. dazu oben S. 107-113).

Die Distriktsynoden Ost und West 1947, die auf Grund der politischen Situation getrennt tagen mussten, wenden sich mit Berichten an die Gemeinden. Darin geht die Synode auch auf die Vermögensverwaltung und gewerblichen Unternehmungen ein. Die Wichtigkeit kommt insbesondere durch verschiedene Beschlüsse und Erklärungen zum Ausdruck. Stellvertretend seien einige wichtige Beschlüsse genannt:

*Beschluss 36 :*

*„Es werde in Herrnhut eine amtliche Stelle wieder eingerichtet, die die planmäßige Arbeitsvermittlung, besonders im brüderischen Handwerk und Gewerbe im Blick auf den Wiederaufbau der Ortsgemeinen und den Wiedereinsatz jetzt zerstreuter Fachkräfte aktiv betreibt.“<sup>6</sup>*

Zur Vermögensverwaltung beschließt die Synode Folgendes:

*Beschluss 68 :*

*„Über die Verwendung von Geldern der Brüder-Unität in Deutschland gibt die Synode folgende Erklärung ab:*

*Wir wollen mit den uns anvertrauten Geldern so unmittelbar wie möglich der Ausbreitung von Gottes Wort durch die Gemeinde und ihre Werke dienen. Die Behörde (Direktion der Europäisch-Festländischen Brüder-Unität in Zusammenhang mit der Finanzdirektion und dem Rechnungsausschuss) soll deshalb fortlaufend erwägen, welche Beträge zur Verfügung gestellt werden können für Neugründungen und Ausbau von Werken der „innern Mission“ z.B. Schulen, Heimen für Alte, Kinder und Schüler, mit besonderer Berücksichtigung des Dienstes an Vertriebenen), ohne dabei die „Sorgfalt des ordentlichen Haushalters“ außer Acht zu lassen, welche in der finanziellen Verantwortung für unsere Kirche, ihre Werke, ihre Diener, Angestellten und Ruhegehaltsempfänger liegt. Im Rahmen dieser Richtlinien entstehende neue FD-Betriebe sollen der Stärkung der Ortsgemeinen dienen und der Beschäftigung möglichst vieler Vertriebener.“<sup>7</sup>*

*Damit stellt sich die Synode auch hinter die Arbeit der Geschäftsleitung und betrachtet sie als ihr Werk. Sie will die in diesem Werk leitenden und arbeitenden Brüder unterstützen, die Geschäfte der Brüder-Unität als christliche Betriebe nach christlichen Grundsätzen zu führen.*

*Die Synode ist sich der Schwierigkeiten bewusst, die gerade in der vergangenen Zeit für die Finanzdirektion zu überwinden waren, und freut sich über den Geist, in*

---

6 Beschlüsse und Erklärungen der Distriktsynoden Ost- und West vom Jahre 1947.

7 Beschlüsse und Erklärungen der Distriktsynoden Ost- und West vom Jahre 1947.

*welchem sich die Brüder für unsere Unität eingesetzt haben. Möge das volle Vertrauen, welches sie ihnen schenkt, sie aufmuntern und stärken zu ihrem schweren Dienst.*

*Synode bittet die Deutsche Unitäts-Direktion und den Rechnungsausschuss zu erwägen, ob es angebracht sei, auch für die Ostzone zwei Finanzdirektoren zu wählen.<sup>6</sup>*

Es ist wichtig und bemerkenswert, dass alle Beschlüsse und Erklärungen von beiden Synoden übereinstimmend angenommen und in Kraft gesetzt wurden.

In den Jahren 1948 und 1949 konnten die gewerblichen Unternehmen nur wenig an Zuwachs gewinnen. In diesem Zeitraum spielten sich auch dramatische Entwicklungen im Zusammenhang mit dem Besitz der Unitätsgüter Berthelsdorf, Großhennersdorf und Oberrennersdorf ab. Dazu wird im Punkt 1.5. ausführlicher berichtet.

Währungsreform und Staatsgründung in den Jahren 1948/49 führten zu weiteren Schwierigkeiten von weittragender Bedeutung und hatten auch Auswirkungen auf die Vermögensverwaltung der DBU.

Das Ergebnis der wirtschaftlichen Unternehmungen der Brüder-Unität zum Jahresabschluss 1949 war unbefriedigend und stellte die Finanzdirektion vor die Frage, ob die Unternehmen bei der gegenwärtigen wirtschaftlichen Entwicklung weitergeführt werden dürften und könnten. Insgesamt gesehen wurde zunächst noch nicht mit einem Verlust in den Betrieben gerechnet. In der Hoffnung auf eine gerechte Behandlung der ganzen Geldangelegenheiten sollte erst das Jahr 1950 abgewartet werden.

#### *1.4.2. Distrikt Bad Boll*

Bereits am 20. Juli 1945 entwarf Bruder Kurt Marx den ersten Vorschlag für die nächsten 12 Monate. Darin wurden als Einnahmen die Unitätsbeiträge der Gemeinden Neuwied und Königsfeld sowie ein FD-Beitrag von Dürninger in Münchberg, Pachten aus Neuwied, Chorhäusereinnahmen und Geschäftseinnahmen der Firma Just Königsfeld im Einnahmenbereich geplant, um die Unitätsgehälter und Pensionen für die im Distrikt Bad Boll ansässigen Gemeindeneuer/innen zahlen zu können.

In weiser Voraussicht hatten die Brüder der Direktion im Vorfeld der sich anbahnenden politischen Ereignisse verschiedene Transfers an Geldmitteln vorgenommen. So wurden Finanzreserven von 300.000 RM in Göppingen und 200.000 RM in Erfurt angelegt. Weitere 40.000 RM Bargeld wurden in Ebersdorf hinterlegt. Leider konnte nach Schließung der Grenzen bzw. der festgelegten Besatzungszonen nur noch unmittelbar über das Geld in Göppingen verfügt werden. Dagegen wurde im November 1945 mitgeteilt, dass die Deutsche Bank in Erfurt geschlossen wurde und die Stilllegung des Guthabens von 200.000 RM erfolgte.

Aus diesem Zusammenhang ergab sich eine äußerst schwierige geschäftliche Lage für die Finanzverwaltung in Bad Boll. Einnahmen bestanden nur aus Beträgen, die in Königsfeld und Neuwied anfielen. Neuwied benötigte jedoch erhebliche Mittel für Hausreparaturen.

Ein genauer Überblick über zu zahlende Gehälter und Pensionen konnte auch nicht ermittelt werden, da immer wieder neue Flüchtlinge aus dem Osten ankamen. Somit entschloss man sich, eine endgültige Neuregelung für Gehälter und Pensionen ab dem 1.1.1946 vorzunehmen.

Die wenigen gewerblichen Unternehmen wie die *Firma Just in Stuttgart* arbeiteten in bescheidenem Maße. Ebenso die *Bäckerei, Malzkaffeeabrik und Ofenfabrik in Neuwied*. Auch hieraus konnte für die Unitätsverwaltung kein wesentlicher Beitrag erwartet werden.

Per 31.12.1945 wird erstmals ein getrennter Status für den Distrikt Ost und West ausgearbeitet. Ebenso erscheint für das Jahr 1946 ein getrennter Voranschlag. Schwierigkeiten ergeben sich zunehmend aus Sachverhalten, die vor dem Zusammenbruch von der DBU oder FD zentral geregelt wurden und nun getrennt entschieden und vor allem vollzogen werden müssen. Wohl bemühen sich beide Direktionen, durch vielfältige Informationen von dem gegenwärtigen Tun zu berichten, aber auf Grund unterschiedlicher Gegebenheiten kann keineswegs immer Übereinstimmung der vollzogenen Entscheidungen erreicht werden. Man kommt zu der Erkenntnis, dass ab 1946 beide Distrikte ihre eigene Finanzbearbeitung, Planung und Verwaltung betreiben müssen.

Unabhängig davon wird in regelmäßigen sogenannten Wochenberichten über Entscheidungen der jeweils anderen Seite berichtet und nach Möglichkeit das Einverständnis oder mindestens das Verständnis der anderen Seite eingeholt.

Ein etwas genaueres Bild ergibt der Bericht des Rechnungsausschusses an die Synode-West 1947. Darin wird festgestellt, dass die Einnahmen im Westgebiet vorwiegend aus den Gemeinbeiträgen, außerordentlichen Einzelbeträgen, aus Häusereinnahmen des Hausbesitzes in Neuwied und Königsfeld bestehen. Hierzu tritt ein erfreulicherweise hoher Betrag für die Verlagsabgabe der Herausgabe der Losungen im Westgebiet.

Geschäftliche Einnahmen stehen zur Verfügung aus der *Verwaltung Bad Boll mit Gärtnerei und Landwirtschaft*, aus den *Firmen Just in Stuttgart und Königsfeld*, aus der *Beteiligung der FD bei der Ofenfabrik Neuwied* und *Spedition- und Brennstoff KG in Königsfeld* und in nächster Zeit hoffentlich auch aus der *Firma Tb. Zimmermann*, welche vor einigen Monaten in *Königsfeld* neu startete. Außerdem ist zu bemerken, dass erfreulicherweise das *Erziehungswerk in Königsfeld* in der Lage ist, die schon früher übliche Miete für die Nutzung der Unitätshäuser zu zahlen und auch die anteiligen Personallasten zu tragen.<sup>8</sup>

---

8 Bericht des Rechnungsausschusses an die West-Synode 1947 vom 30.7.1947, S. 1.

Hinsichtlich der einzelnen Unternehmungen ist folgendes zu bemerken<sup>9</sup>:

Die Firma *C. W. Just in Stuttgart* befand sich früher in einem Uni-tätsgebäude, das völlig vernichtet ist. Die Firma führt z. Zt. als Untermiete-rin in einem anderen Geschäft ein verhältnismäßig bescheidenes Dasein.

Bei der *Firma C.W. Just in Königsfeld* ist neues Leben eingelebt, vor allem auch durch einen mehr technischen Zweig der Herstellung bzw. Montage von transportablen Kachelöfen und Lampen.

*Das Kohlen- und Speditionsgeschäft in Königsfeld* ist sehr unbedeutend geworden und leidet vor allem sehr darunter, dass die Räumlichkeiten einem zweimaligen Brand ausgesetzt waren und der Wiederaufbau noch nicht in Gang kommen konnte.

An der *Ofenfabrik in Neuwied* ist die Brüder-Unität jetzt mit 20% beteiligt. Bei all diesen geschäftlichen Aktivitäten handelt es sich im Vergleich zu früher um sehr kleine Neuanfänge, die sich unter den gegebenen Verhältnissen außerordentlich schwierig gestalten.

Die *Firma Tb. Zimmermann* hat erst 1946 einen Start im Tannenhaus in Königsfeld begonnen, der äußerlich in der Einrichtung trotz sehr schwieriger Verhältnisse zu einem recht befriedigendem Ergebnis geführt hat. Über die wirtschaftliche Weiterentwicklung lässt sich noch nichts sagen, da sich vor allem erst die Arbeitskräfte für die Besetzung der Nähmaschinen einarbeiten müssen. Dieser zunächst kleine Betrieb besitzt inzwischen 40 Nähmaschinen.

Der Rechnungsausschuß stellt in seinem Bericht an die Synode 1947 abschließend fest, dass wir dankbar sein müssen, dass sich die finanzi-ellen Möglichkeiten im Westen zufriedenstellend entwickelt haben, so dass es möglich war, alle notwendigen Ausgaben für Gehälter und Pensionen und die mancherlei übrigen Ausgaben nach den Gehaltsrichtlinien von DUD zu erfüllen.

Zur Vollständigkeit soll nur bemerkt werden, dass die Gehaltsaus-gaben im FD-Bereich selbstverständlich erheblich reduziert wurden. Die Synode selbst regelte in den Beschlüssen und Erklärungen Nr. 68 die Fragen der Vermögensverwaltung (vgl. S. 9). Im Bericht der Synode an die Ge-meinden wird darauf hingewiesen, dass die Brüdergemeinfirmen, die in den Westzonen mit ihrer Arbeit neu beginnen, die Sammlung und Beschäftigung von Flüchtlingen als besondere Aufgabe vor Augen behalten werden.

Gerade weil unsere Geschäfte zum größten Teil in Schlesien lagen und durch die politischen Ereignisse nahezu vernichtende Einbußen erlitten, hat sich die Synode sehr ernst gefragt, ob es nicht an der Zeit sei, für unsere Kirche die nahe Verbindung mit solchen Geschäften, wie wir sie nach nun-mehr 200 Jahren gewohnt sind, fallen zu lassen. Geantwortet wird daraufhin in dem Bericht mit folgendem Zitat: „*Wir wollen mit den uns anvertrauten Gel-*

---

9 Ebd., S. 2.

dem so unmittelbar wie möglich der Ausbreitung von Gottes Wort durch die Gemeinde und ihre Werke dienen."<sup>10</sup> Die Behörde soll deshalb fortlaufend erwägen, welche Beträge zur Verfügung gestellt werden können für Neugründung und Ausbau von Werken der Inneren Mission, ohne dabei die Sorgfalt des ordentlichen Haushaltes außer acht zu lassen, welcher in der finanziellen Verantwortung für unsere Kirche, ihre Werke, ihre Diener, Angestellten und Ruheständler liegt. Neue Betriebe sollen der Stärkung der Ortsgemeinden dienen und der Beschäftigung möglichst vieler Vertriebener.

Damit stellt sich die Synode auch hinter die Arbeit der Geschäftsleitungen und betrachtet sie als ihr Werk. Sie will die in diesem Werk leitenden und arbeitenden Brüder unterstützen, die Geschäfte der Brüder-Unität als christliche Betriebenach christlichen Grundsätzen zu führen.

Der genaue Bericht der FD an die Synode 1947 zeigt uns, unter welcher furchtbaren Schwierigkeiten die verantwortlichen Brüder im Osten und im Westen diese Aufgaben der Gemeinde geleitet haben, wie sie aber den Blick auf den, der unserer Kirche die alleinige Lebensmöglichkeit gibt, zu richten suchen. So sprach ihnen die Synode Dank und Vertrauen aus für ihren bisherigen und ferneren schweren Dienst.<sup>11</sup>

Es war schon 1947 klar geworden, dass eine klare Trennung der Verwaltungsbereiche auf längere Zeit notwendig bleiben würde. Die eigentliche juristische Trennung erfolgte aber erst im Jahr 1948. Was formal schon einige Zeit zwischen den Direktionen praktiziert wurde, fand in der Vereinbarung vom 18. April 1948 seine juristische Form.

In dieser Vereinbarung zwischen beiden Direktionen heißt es<sup>12</sup>:

*„Nachdem die Europäisch-Festländische Brüder-Unität auf Beschluss der Landesregierung von Württemberg-Baden vom 29. Januar 1948 und die darauffolgende Bekanntmachung Nr. 44 des Kultusministeriums vom 19. Februar 1948 (veröffentlicht im Regierungsblatt 1948, Nr.6 vom 31. März 1948) als Körperschaft des öffentlichen Rechts anerkannt worden ist, wird die vermögensrechtliche Trennung zwischen dem Ost-Distrikt mit dem Sitz in Herrnhut (umfassend das Gebiet der Ostzone und Gross-Berlin) und dem West-Distrikt der Brüder-Unität mit dem Sitz in Bad Boll (umfassend die Westzonen) hiermit vollzogen.“*

*Als Stichtag der Trennung wird der 31. Dezember 1947 vereinbart.*

*Die auf die beiden in vermögensrechtlichen Beziehungen fortan selbständigen Distrikte entfallenden Vermögenswerte sind in den beiderseitig separat erstellten Vermögens-Übersichten (Status) festgelegt und werden von den Beteiligten hiermit gegenseitig als den gegebenen Verhältnissen entsprechend anerkannt. Sie werden als Grundlage dieser Vermögens-Auseinandersetzung ausdrücklich gebilligt.*

---

10 Die Synode der Europäisch-Festländischen Brüderunität 15.-22. August in Bad Boll - Bericht vom 22.8.1947, S. 7.

11 Ebd., S. 7.

12 Vereinbarung vom 18. April 1948 zwischen der Deutschen Brüder-Unität, Herrnhut und der Europäisch-Festländischen Brüder-Unität, Bad Boll.

*Jede gegenseitige Haftung ist somit vom Stichtag der Trennung an ausgeschlossen."*

*Herrnbut / Bad Boll, den 18. April 1948*

*gez. Kurt Marx*

*gez. J. Vogt*

Die Währungsreform am 20. Juni 1948 brachte wiederum einschneidende Veränderungen. Anlässlich der Synode 1949 in Bad Boll berichteten DBU und FD sehr ausführlich über die Finanzverwaltung.

Bruder Sam Baudert stellte fest, dass die Jahresrechnung über RM für das Jahr 1947 und die erste Hälfte des Jahres 1948 bis zur Währungsreform mit einer Mehreinnahme abschloss. Durch die Währungsreform änderte sich aber die Lage. Es kamen sehr sorgenvolle und aufregende Monate für die verantwortlichen Brüder, die oft in großer Verlegenheit waren, wie sie die unvermeidlich laufenden Ausgaben decken sollten. Erst im November 1948 trat eine gewisse Erleichterung ein, doch schloss die Rechnung des zweiten Halbjahres 1948 mit einer Mehrausgabe von rund 7.000,- DM ab, die aus der Substanz genommen werden musste. Die Lage ist ernst, denn die Substanz besteht größtenteils aus Häusern und Grundstücken und den Stammkapitalien der Geschäfte. Liquidies Vermögen ist nach der Währungsreform kaum vorhanden, so dass es nötig ist, sehr vorsichtig zu arbeiten und alle nicht unbedingt nötigen Ausgaben zu vermeiden.

Auch der Rechnungsausschuß berichtet über diese Schwierigkeiten und fügt hinzu, dass zu bedenken ist, dass die Einnahmequellen gering sind. Besonders ist zu bedenken, wie klein doch der geschäftliche Umfang der Betriebe geworden ist. Während früher 35-40 Firmen zum Haushalt beitragen, sind es im Westen deren nur noch 6-8. Deshalb schließt auch der Vorschlag der FD für das Jahr 1949 mit einem Fehlbetrag von ca. 26.000 DM ab<sup>13</sup>.

Als Fazit für das Jahr 1949 und die Einschätzung der Situation der Vermögensverwaltung steht stellvertretend der Satz aus Beschlüssen und Erklärungen der Synode von 1949 im Beschluss 48:

*"Die Synode dankt allen Brüdern der DUD, FD und des RA für ihre Arbeit, die sie für die Brüderkirche getan haben und heute noch tun. Mit diesen Brüdern wollen wir vor allem Gott danken, der ihnen die Kraft des Glaubens und die Kraft zum Handeln geschenkt hat. Wir wissen uns mit ihnen sowie mit allen Brüdern in den Gemeinden, die im Geschäftsleben stehen, darin verbunden, dass es in heutiger Zeit sehr schwer ist, das Richtige zu tun, womit wir vor Gott und den Menschen bestehen können. Wir rufen allen unseren Geschäftsbrüdern zu: Lasst den Mut nicht sinken. Wir wollen uns bemühen, statt alle Dinge des Geschäftslebens verstecken zu wollen, eurer fürbittend zu gedenken<sup>14</sup>."*

<sup>13</sup> Bericht des Rechnungsausschusses an die Synode vom 11. Mai 1949, S. 1.

<sup>14</sup> Beschlüsse und Erklärungen der Distriktsynoden Ost- und West 1949, Nr. 48.



### 1.5. Entwicklungen im Grundbesitz 1945-1949 am Beispiel der Zinzendorfsgüter

Zu den Veränderungen im Grundbesitz der DBU in den Nachkriegsjahren gibt es unendlich viel zu berichten. Die unsicheren politischen Verhältnisse brachten im Osten wie im Westen auch erhebliche Verluste an Grund und Boden für unsere Kirche. Die Verantwortlichen in den Direktionen mussten oft Willkür und Denunziation entgegentreten. Am Beispiel der Zinzendorfsgüter soll dies besonders deutlich veranschaulicht werden.

Die ehemaligen Zinzendorfsgüter Berthelsdorf, Großhennersdorf und Oberrennersdorf mussten bereits 1937 auf großen Druck durch das Heeresverwaltungsamt in Berlin zu einem unwürdigen Preis (1.864.000 RM) verkauft werden. Bereits im Oktober 1936 hatte der Rechnungsausschuss, welcher der Generalsynode gegenüber verantwortlich ist, in einer vertraulichen Sitzung für einen Verkauf der Güter votiert, weil in Anbetracht der kritischen finanziellen Lage der Unität kein anderer Weg bliebe und sonst die entschädigungslose Enteignung drohte.

Infolge des Zusammenbruches am 8. Mai 45 bestand auf den ehemaligen Unitätsgütern keine Leitung mehr. Zwecks Sicherung der Ernährung im hiesigen Kommandanturbezirk haben die verantwortlichen Brüder der Unität sofort mit dem Militärkommandanten der Roten Armee von Herrnhut, Capitain Aljeschin, Verhandlungen aufgenommen.<sup>15</sup> Dieser erstellte einen Befehl zur Aufnahme der Bewirtschaftung der Güter durch die DBU. Die Eigentumsfrage wurde hierbei noch gar nicht berührt. Für alle 3 Güter wurde die Bezeichnung „Gemeinschaftsbetriebe“ durch den Kommandanten genehmigt.

Am 30. Juli 1945 wurde der Landesverwaltung Sachsen, der Abt. Ernährung und Landwirtschaft durch Bruder Wilfried Merian Bericht erstattet. Dabei stellte man den Antrag, über die durch die Landesverwaltung auszusprechende Bewirtschaftungsgenehmigung hinaus die Frage zu prüfen, ob die Betriebe nicht der Unität in Anerkennung des ihr zugefügten Unrechts zurückverkauft werden könnten. Die Landesverwaltung versprach dieses Ansinnen zu prüfen. Vorerst sollte die DBU die selbstverantwortliche Bewirtschaftung als Treuhänder der sächsischen Landesverwaltung ausüben.

In den ersten Augusttagen 1945 besetzte eine kleine Einheit der Roten Armee das Gut Berthelsdorf, einige Tage später eine stärkere Einheit das Gut Großhennersdorf. Bei den sofort aufgenommenen Verhandlungen wurde von den Behörden die Feststellung getroffen, dass die Besetzung der Güter erfolgt sei, weil durch den Bürgermeister von Berthelsdorf die Betriebe als herrenlos gemeldet worden seien.

Die Unität verhandelte daraufhin mit dem Leiter der Sowjetischen Militär-Administration für landwirtschaftliche Angelegenheiten und erwirkte weitere Befehle, aus denen hervorgeht, dass sowohl von Herrn Generalmajor Dubrowski als auch von seinem Stabschef Herrn Oberst Blochin aner-

---

15 Schreiben an die Landesverwaltung Sachsen vom 25. Oktober 1945, S. 10.

kannt wird, dass die Betriebe wieder der Unität zuzusprechen sind. Lediglich die Würdigung und Anerkennung der Tatsache, dass es sich um 200jährigen Besitz einer internationalen Kirche handelt, veranlasste die Vertreter der Militär-Administration, diese Entscheidung zu fällen.

Auf einen weiteren direkten Befehl hin, dem sich der General der 6. Armee anschloss, wurde die Bewirtschaftung der Betriebe durch die Rote Armee wieder eingestellt. Am 5. Oktober 1945 empfing der Staatssekretär Wessel den Bevollmächtigten der Unität und eröffnete diesem, dass infolge der neuen Verordnung zur Bodenreform hinsichtlich der Güter eine neue Lage entstanden sei. Es sei nunmehr im Rahmen der Bodenreform fraglich, ob die Unität berechtigt sei, wieder Besitzer der Güter zu werden.

Am 2. Januar 1946 berief der Herr Vizepräsident des Landes Sachsen die Vertreter der Brüder-Unität zu sich, und es kam zum Präsidialbeschluss vom gleichen Tage, in dem die Landeskommission und die Vertreter der Brüder-Unität einen Vergleich schlossen. Am 16. Februar 1946 übergaben die Herren Minister Rohner und Ministerialrat Sachse im Rahmen einer feierlichen Handlung im Beisein von Vertretern der Ortsbodenkommission und der Bürgermeister der betreffenden Orte die Güter an die Unität. Ab diesem Zeitpunkt bewirtschaftete und verwaltete die Brüder-Unität die Güter.

Es wird neben dem Anbau von Getreide, Hackfrucht, Hülsen- und Ölfrüchten auch Saatgut erzeugt. Außerdem erfolgt Pflanzenanzucht sowie Tabak- und Gemüsepflanzenaufzucht. Im Jahr 1948 werden 472 Personen beschäftigt (1945: 269 Personen).

Am 29. April 1948 erließ der Marschall der Sowjetunion, Sokolowsky, in seiner Eigenschaft als Chef des Stabes der sowjetischen Militärverwaltung in Deutschland den Befehl Nr. 82. Nach Absatz 3 dieses Befehls war nunmehr der Augenblick gekommen, wo die Güter Oberrennersdorf und Großhenndorf an die Unität zueigen gegeben werden konnten. Die Unität ersuchte den Minister des Innern, diesen Schritt nun zu vollziehen.

Stattdessen erfolgte am 29. Oktober 1948 die Verhaftung des Generalbevollmächtigten der DBU, Bruder Wilfried Merian.

Am 28. Januar 1949 teilte Minister Dr. Dr. Uhle den Vertretern der DBU mit, dass die Rückgabe der Güter an den Staat erfolgen solle. Er begründete dies wie folgt:

1. Die am 2.1.46 getroffenen Maßnahmen verstoßen gegen die Bestimmungen der Bodenreform
2. Die Unität behalte auch nach Abgabe dieser Güter genügend Land für eine normale Tätigkeit
3. Die leitenden Herren der Unität seien verhaftet.
4. Die Unität habe aus Bayern Waffen verschafft, mit deren Hilfe seien die ersten Erschießungen in Löbau durchgeführt worden.<sup>16</sup>

---

<sup>16</sup> Wilfried Merian, Denkschrift vom 21.8.1949, S. 42.

Die Brüder-Unität steht unter dem Eindruck, dass sie für ihre opferwillige, große Arbeit bitter belohnt worden ist. Zu den Anschuldigungen des Ministers Dr. Dr. Uhle ist eindeutig zu erwidern, dass die angeführten Punkte nicht den Tatsachen entsprechen. Denn

1. haben, wie aus den Ausführungen klar ersichtlich ist, alle infrage kommenden Dienststellen in absoluter Beachtung der Bestimmungen für die Bodenreform und unter Berücksichtigung des Wiedergutmachungsgesetzes des interalliierten Kontrollrates vom 14. 9. 1945 der Brüder-Unität ihren ehemaligen Besitz zu treuen Händen übergeben. Der Befehl 82 hätte lediglich noch bereits Vorgesehenes zu bestätigen brauchen.
2. Zur Anschuldigung wäre zu sagen, dass die Brüder-Unität praktisch, wenn man von den forstwirtschaftlich genutzten Flächen absieht, nur noch sehr wenig Land besitzt, das in keiner Weise ausreichend ist, die Bedürfnisse der Brüder-Unität zu befriedigen.
3. Die Anschuldigung ist in keinem Fall zutreffend, denn keiner der amtierenden Unitätsdirektoren ist verhaftet worden, sondern lediglich der für die landwirtschaftlichen Dinge Bevollmächtigte. Im Übrigen kann eine Untersuchungshaft nicht die Grundlage zu einer derartig einschneidenden Maßnahme sein.
4. Die Anschuldigung bezieht sich auf in keiner Weise bewiesene denunzierende Äußerungen gegen die Stiftung Abraham Dürninger, die 1. nicht zur Brüder-Unität gehört, sondern eine selbstständige Stiftung ist, 2. aber sind diese Dinge durch entsprechende eidesstattliche Erklärungen im Rahmen polizeilicher Ermittlungen weitgehendst zu Gunsten der Firma geklärt. Der Bischof der Brüderkirche hatte selbst Gelegenheit genommen bezüglich des Artikels in der Täglichen Rundschau dem Hauptschriftleiter der Zeitung, Herrn Oberts Kirsanow, Erklärungen abzugeben, die bereits seinerzeit den maßgebenden Herren der DWK<sup>17</sup> und LRS<sup>18</sup> zugestellt worden sind. In einem Schreiben vom 23. 2. 1949 hat der leitende Direktor der Brüder-Unität, Herr Bischof Vogt, den derzeitigen Generalbevollmächtigten, Herrn Dr. Ralph Liebler, beauftragt, u.a. folgendes der LRS, Ministerium für Land- und Forstwirtschaft, bekannt zugeben:

*„Die Brüder-Unität hat es nach dem Zusammenbruch mit aufrichtiger Freude und Dankbarkeit begrüßt, dass die SMA<sup>19</sup> sowohl wie die LRS in großzügiger Weise die teilweise Restitution der der Unität von den Nazis zugefügten Schäden ermöglichte. Sie ist durch die jetzt ergriffenen Maßnahmen, die auf eine Rückgängigmachung dieses Aktes der Gerechtigkeit gegenüber nazistischen Unrechts gerichtet sind, bitter enttäuscht. Getragen von ihrem christlichen Willen zum Frieden und zur Verständigung mit den weltlichen*

---

17 Deutsche Wirtschaftskommission.

18 Landesregierung Sachsen.

19 Sowjetische Militäradministration.

*Behörden will die Brüder-Unität ihren guten Willen dokumentieren und hat dabei ihre Zusage zu einer Rückübertragung des Gutes Berthelsdorf an den sächsischen Staat gegeben. Sie bittet, diesen Schritt auch unter der Tatsache zu werten, dass dieses Gut das Stammgut des Gründers der Brüder-Unität war.“<sup>20</sup>*

Alle Bemühungen danach, die Güter wieder in Unitätsbesitz zu bringen, scheiterten bis in die Gegenwart.

## Quellenverzeichnis

(mit Abraham Dürninger Stiftung)

1. Sitzungsberichte der Distriktsynoden (Ost u. West) 1947
2. Sitzungsberichte der Distriktsynoden / Ost u. West) 1949
3. Bericht des Rechnungsausschusses an die Synode 1947 Ost
4. Bericht des Rechnungsausschusses an die Synode 1947 West
5. Sitzungsberichte der Deutschen Unitäts-Direktion 1944
6. Sitzungsberichte der Deutschen Unitäts-Direktion 1945
7. Sitzungsberichte der Deutschen Unitäts-Direktion 1946
8. Sitzungsberichte der Deutschen Unitäts-Direktion 1947
9. Sitzungsberichte der Deutschen Unitäts-Direktion 1948
10. Sitzungsberichte der Deutschen Unitäts-Direktion 1949
11. Protokoll des Rechnungsausschusses vom 29.11.1945
12. Mitteilungen der Distriktsynode/Ost der Deutschen Brüder-Unität  
Tagung 1947 an die Mitglieder in den Gemeinden und in der Zerstreuung
13. Distriktsynode West der Deutschen Brüder-Unität 1947 – Bericht der Direktion
14. Siegfried Kittler, Zusammengestellte Materialien zum Thema: Die Finanzdirektion der Deutschen/Evangelischen Brüder-Unität
15. Wilfried Merian, Denkschrift Güter v. 21. 8. 1949
16. Fritz Scholtz, Abraham Dürninger & Co. 1939 bis 1989
17. Rainer Maasberg, Ergänzung der Jubiläumsschrift – Dezember 2000
18. Karsten Sichel, Festschrift 250 Jahre Abraham Dürninger & Co. , 1997
19. Bericht des Rechnungsausschusses an die West-Synode vom 30.7.1947
20. Satzung der Abraham Dürninger Stiftung Bad Boll 1949

---

<sup>20</sup> Wilfried Merian, Denkschrift Güter v. 21. 8. 1949, S. 19f.

## **Hans-Michael Wenzel, Economy and Finances of the German Moravian Church, 1945-1949**

The article offers first of all an insight into the budget situation before the end of the war, which was really positive and in most congregations showed a surplus. A list of the Moravian Church's business undertakings makes the former riches clear. A further list indictes the responsible members of the financial administration from 1944 to 1949. The end of the war led to a complete financial collapse. 2 worship halls, 8 schools, 13 choir houses and 75 further buildings had been destroyed. The three banks owned by the Moravian Church had to close. The total losses amounted to about 40 Million Marks.

The author then describes separately the financial developments in the two administrative areas based on Herrnhut and Bad Boll (a separation officially completed only in 1948). In the Herrnhut region the Moravian Church's financial situation was thoroughly depressing, but some of the businesses were able to find their feet, albeit to a very limited extent. The introduction of new currencies and the formation of the two German states caused additional difficulties. In the Bad Boll District the situation was hardly better. Of the church's 35-40 firms, which had contributed to its finances, only 6-8 remained in the West. Even in 1949 a balanced budget could not be achieved.